

# Mindener Bündnis gegen Freihandelsabkommen

## Freihandelsabkommen JEFTA (Japan European Free Trade Agreement)

Seit 25. März 2013 verhandeln die EU und Japan über ein umfassendes Freihandelsabkommen und ein [Strategisches Partnerschaftsabkommen](#) (Strategic Partnership Agreement, SPA); also synchron über zwei unterschiedliche Abkommen. Zum Vergleich: die TTIP-Verhandlungen begannen im Juni 2013.

Als iel der Doha-Runde wurde 2001 ausgegeben, Probleme der [Entwicklungsländer](#) in den Regeln des Welthandels zu berücksichtigen. 2009 scheiterten („supensiert“) sie wegen Differenzen zu Regularien des Agrahandels, des geistigen Eigentum (Trips), eines Agreement on Textiles and Clothing ATC an den Widerständen der Schwellenländer. 2013 und 2015 erneuter Versuch der Wiederaufnahme. Die Industrieländer versuchen seither bilaterale Freihandelsabkommen abzuschließen.

## Handelsvolumen Japan/EU

Der Handelsraum umfasst 30 Prozent des Welt-[Bruttoinlandsprodukts](#) und 40 Prozent des globalen Handels, somit bedeutender als der Handel mit Kanada:

Exporte 2016 von	[in Mrd. Euro]	Anteil am gesamten Extra-EU-28-Handel
EU nach Japan	58,1	3,3 %
Japan nach EU	66,5	3,9 %
Deutschland nach Japan	18,4	1,5 %
Japan nach Deutschland	22,0	2,3 %

Japan ist für die EU auch ein wichtiger Investor:<sup>[4]</sup>

Summe der Extra-EU-Direktinvestitionen 2011–2014 von	[in Mrd. Euro]	Anteil
EU nach Japan	12,3	0,88 %
Japan nach EU	24,8	1,68 %

## Inhalt des Freihandelsabkommens JEFTA (gleiches Muster wie TTIP):

1. Abbau der Zölle und der Mengenquoten
2. Abbau der nicht-tarifären Handelshemmnisse
3. Regelungen zu Dienstleistungen
4. Schutz geistigen Eigentums einschl. Regionalprodukte
5. Öffentliche Dienstleistungen
6. Nachhaltigkeit
7. Investitionsschutz
8. Regulatorische Kooperation

Inzwischen haben 18 Verhandlungsrunden stattgefunden, jedoch keine Einigung: (Unterschiedliche Auffassungen insbesondere beim Handel mit Lebensmitteln, Kraftfahrzeugen, Öffentlicher Beschaffung, Investitionsschutz, etc.)

## Mindener Bündnis gegen Freihandelsabkommen

Die Verhandlungen erfolgten in kompletter Intransparenz! Sogar das von den EU-Staaten ausgestellte Handelsmandat ist unbekannt, nicht veröffentlicht. Allein die EU-Mitgliedstaaten und der Handelsausschuss des Europäischen Parlaments (INTA) haben Zugang zu den Verhandlungstexten und werden regelmäßig von der Europäischen Kommission informiert. Einige Papiere hat die EU veröffentlicht (Nachhaltigkeit, regulatorische Kooperation); in den letzten Wochen weitere. Die meisten Informationen kommen aus einem Leak, das Greenpeace im Juni 2013 veröffentlicht hat.

Daraus lassen sich folgende Besonderheiten neben den bekannten Kritikpunkten zu TTIP (Vorsorgeprinzip, Verbraucher-, Sozial- u Umweltstandards) ableiten:

- Japan ist weltweit einer der größten Importeure von Holz. Vieles davon wird illegal gerodet. Ein wichtiges Herkunftsland: Rumänien. Hier wachsen **die letzten Urwälder Europas**. Doch sie werden zerstört: Jeden Tag werden 48 Hektar Wald gerodet. [Mit JEFTA fallen Zölle weg und damit droht noch mehr illegales Holz nach Japan exportiert zu werden](#). Der Vertragsdokument ist beim Holz äußerst schwammig formuliert. Selbst CETA ist strenger.
- Japan besteht auf die umstrittenen privaten **Schiedsgerichte**. In Hinterzimmern verhandeln dort meist Wirtschaftsanwälte über Milliardenklagen gegen Staaten. So wie gegenwärtig schon Vattenfall gegen Deutschland klagt, aufgrund entgangener Milliardenprofite durch den Atomausstieg. Selbst die minimalen Verbesserungen, die CETA an diesem ungerechten und [demokratiefeindlichen System](#) erreicht hat, sind in JEFTA nicht mehr enthalten.

Japan ist eines der wirtschaftlich stärksten Länder der Welt. Trotzdem hat es nur sechs der [acht grundlegenden Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation \(ILO\)](#) ratifiziert. Es bräuchte auch in einem Abkommen mit Japan klare Regeln zur Förderung von Arbeitsstandards, die mit Sanktionen bewehrt und durchsetzbar sind und eine Pflicht zur Umsetzung der ILO-Normen

## Strategisches Partnerschaftsabkommen EU-Japan

### (Strategic Partnership Agreement, SPA)

Beim Gipfel EU/Japan im Mai 2011 vereinbarten die EU und Japan, zusätzlich auch ein politisches Rahmenabkommen zu schließen. Während der Vorbereitungsphase für die Verhandlungen konnte man sich darauf einigen, dass das Rahmenabkommen Themen wie die Außen- und Sicherheitspolitik und die Zusammenarbeit in allen globalen und sektoralen Fragen von beiderseitigem Interesse zum Inhalt haben soll. Das Rahmenabkommen soll die Grundlage für eine verstärkte Zusammenarbeit und gemeinsame Aktionen in Bereichen wie Krisenmanagement, Entwicklungshilfe, Energie, Umwelt, Forschung und Innovation sein und auf gemeinsamen Werten und Prinzipien beruhen.

Im November 2012 wurde die Europäische Kommission von den EU-Mitgliedstaaten einstimmig ermächtigt, ein verbindliches Rahmenabkommen mit Japan zu verhandeln, **das die Zusammenarbeit in politischen, globalen und sektorspezifischen Fragen umfassend abdeckt und sich auf das gemeinsame Engagement für Grundwerte und Prinzipien stützt (Verhandlungsmandat)**

# Mindener Bündnis gegen Freihandelsabkommen

## Politische Einigung

Am 6. Juli 2017 im Vorfeld des G20-Gipfels konnte unter dem Eindruck der Trump-Regierung in den USA eine „politische Einigung“ zu beiden Abkommen erzielt werden.

Dabei wurden in letzter Minute noch einige Kompromisse geschmiedet. So akzeptierte Japan, dass der europäische Zoll auf japanische Autos (heute ca. 10%) erst sieben Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens komplett abgebaut sein wird. Die Regierung in Tokio handelte im Gegenzug zum Beispiel Schutzklauseln für japanische Bauern aus. *Bemerkung aus der Süddeutschen: Offen sei, ob es der japanischen Regierung gelingen werde, Parlament und Öffentlichkeit vom Nutzen des Abkommens zu überzeugen, "das für einige Sektoren (vor allem Landwirtschaft, Automobile) schmerzhaft sein werde - 'Sabotage' von dieser Seite sei nicht ausgeschlossen, die Situation bleibe fragil". Eine exzessive Liberalisierung, gestand Petriccione ein, könne den Milchsektor Japans "nachhaltig beschädigen". Auch beim Automarkt sei Japan "hochnervös". Von einer Einigung sei man noch weit entfernt. Noch sei offen, ob sich Japan wirklich auf eine Liberalisierung innerhalb von sieben Jahren einlassen werde.*

Die politische Einigung umfasst nicht alle Kapitel des Abkommens, beispielsweise ist Investitionsschutz von der Grundsatzvereinbarung nicht erfasst und in Bezug auf manche Kapiteln müssen noch technische Details geklärt werden.

Diese grundsätzliche Einigung ist also nicht das Ende des Verfahrens, sondern es besteht die Hoffnung, die noch ungeklärten Fragen bis Ende 2017 zu vereinbaren. Danach folgt eine rechtliche Prüfung und die anschließende Übersetzung in alle Amtssprachen der EU bis Mitte 2018, um dann ein Inkrafttreten dieses Abkommens Anfang 2019 anzustreben.

## Weshalb dieser plötzliche Druck:

1. Anlass Trump mit dem vorrangigen Interesse, die Industriemacht USA zu stärken:
  - für Japan kein Freihandelsabkommen TPP und so keine Bindung an die USA
  - für die EU kurzfristig kein Freihandelsabkommen TTIP;So wird durch JEFTA der Druck auf die nicht beteiligten Wirtschaftsnationen erhöht
2. Politisch-wirtschaftliche Partnerschaft als Gegenpol zum aufstrebenden China mit Stärkung der Interessen Japans durch die EU, auch machtpolitisch und militärisch

Minden, 14.08.17